Historischer und situativer Kontext der Evangelisierung

im China des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

von Karl Josef Rivinius SVD

1 Wandel des China-Bilds und die Folgen des Vertrags von Nanking

Am Ausgang des 18. Jahrhunderts setzte hinsichtlich der von hohem Respekt und Welt-offenheit gekennzeichneten Sicht vom Reich der Mitte ein grundlegender Wandel ein. Die Neubesinnung auf und die Wiederbelebung des kulturellen Erbes der griechisch-römischen Antike im Geistesleben Europas, die staunenerregende Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik, die das Industrie-Zeitalter einleiteten, die koloniale Expansion infolge technologischer und militärischer Überlegenheit, eine von Macht und Gewinnstreben geprägte Mentalität sowie das Aufkommen eines übersteigerten Nationalismus ließen eine europazentrierte Geisteshaltung aufkommen, die außereuropäischen Völkern und Sozietäten mit Arroganz, Unverständnis, Selbstgefälligkeit und Superioritätsgefühlen begegnete. Nur die europäischen Völker seien die wahren Kulturträger, alle anderen verdienten es nicht, dass man sich mit ihnen näher beschäftigte. Speziell im Blick auf China ist anzumerken, dass abfällige Berichterstattungen in der Presse und populären Literatur, aber auch die weitgehende Geringschätzung von Seiten der damaligen Gelehrtenwelt Europas ein Übriges taten, um das ostasiatische Land und seine Bewohner schließlich der Lächerlichkeit und grotesken Verzerrungen preiszugeben. Das Ergebnis davon war ein reziprokes Feindbild-Klischee, nach dem jeder den jeweils anderen beurteilte und das zunehmend mit negativen Vorurteilen affektiv besetzt wurde.¹ Diese allgemein herrschende Mentalitätssituation und wirkmächtigen Faktoren bildeten die Rahmenbedingungen – auch für die Tätigkeit der christlichen Glaubensboten –, unter denen um die Wende zum 19. Jahrhundert ein neues Kapitel der Beziehungen Chinas zum Westen begann, als zunächst England versuchte, mit diesem riesigen ostasiatischen Land verstärkt Handel zu treiben sowie dort Absatz- und Rohstoffmärkte für seine heimischen Industrien zu erschließen.

¹ Zu den fixierten Vorurteilen, den Mechanismen und Gesetzmäßigkeiten, nach denen in aller Regel der Prozess einer Begegnung zwischen Angehörigen verschiedener Kulturräume abläuft, siehe die grundsätzlichen Äußerungen von Munas DUALA-M' BÉDY, *Xenologie. Die Wissenschaft vom Fremden und die Verdrängung der Humanität in der Anthropologie* (Fermenta philosophica), Freiburg/München 1977; speziell Thomas O. HÖLLMANN, *Das Reich ohne Horizont. Berührungen mit dem Fremden jenseits und diesseits der Meere* (14. bis 19. Jahrhundert), in: *China und die Fremden. 3000 Jahre Auseinandersetzung in Krieg und Frieden*, hg. von Wolfgang

BAUER, München 1980, 161-196; Tilman SPENGLER, *Modernität und Fremdbestimmung: Chinas Auseinandersetzung mit dem »Westen« und der eigenen Vergangenheit* (19. und 20. Jahrhundert), ebd., 197-237; *Die Begegnung mit dem anderen. Plädoyers für eine interkulturelle Hermeneutik* (Studien zum Verstehen fremder Religionen 2), hg. von Theo SUNDERMEIER, Gütersloh 1991; *Den Fremden wahrnehmen. Bausteine für eine Xenologie* (Studien zum Verstehen fremder Religionen 5), hg. von DEMS., Gütersloh 1992; DERS., *Den Fremden verstehen: eine praktische Hermeneutik* (Sammlung Vandenhoeck), Göttingen 1996; Manfred KÜCHLER, *Xenophobie im internationalen Ver-*

gleich, in: Jürgen W. FALTER / Hans-Gerd JASCHKE / Jürgen R. WINKLER (Hg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996, 248-262; Andreas ZINK, *Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse*, Münster 1997; Birgit ASCHMANN / Michael SALEWSKI (Hg.), *Das Bild des »Anderen«*. Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert (Historische Mitteilungen. Beiheft 40), Stuttgart 2000; Andrea SCHULTZE / Rudolf VON SINNER / Wolfram STIERLE (Hg.), *Vom Geheimnis des Unterschieds. Die Wahrnehmung des Fremden in Ökumene-, Missions- und Religionswissenschaft*, Münster/Hamburg/London 2002.

Von Beginn an befanden sich die Handelsbeziehungen unter unglücklichen Vorzeichen. So wenig die Europäer das tiefere Wesen Chinas und seiner Kulturgrundlagen gekannt hatten, als sie mit ihm in Kontakt getreten sind, so wenig hatten die Chinesen ein Bewusstsein von den Forderungen einer über ihr eigenes Maß fortgeschrittenen Zeit. Unkenntnis der geistigen und kulturellen Prämissen des je anderen und infolgedessen gegenseitige Verständnislosigkeit charakterisierten das beiderseitige Verhältnis. In China als auch im Abendland waren Ressentiments, Desinteresse, nicht selten manifeste Geringschätzung leitende Verhaltensmuster.

Chinas Tragik im 19. Jahrhundert lag zudem darin, dass das Kaiserreich, als die Fremdmächte von 1840 an in es eindringen, sich im Inneren in einer tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisensituation befand, verursacht durch die kontinuierliche Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas, die angespannte Versorgungslage, die grassierende Korruption der politischen Führungselite und der lokalen Verwaltungsbeamten, aber ebenso durch den bald sämtliche Bereiche umfassenden Umwälzungsprozess, die defizitäre Handelsbilanz und die wirtschaftliche Rezession. Es ließ sich nicht übersehen, dass das Land sich dem Westen gegenüber auf ökonomischem, technologischem und militärischem Gebiet erheblich im Rückstand befand. Die Verantwortlichen der Qing-Dynastie begriffen in ihrer Selbstüberschätzung die Herausforderungen einer gewandelten Zeit nicht, sie blieben vielmehr den traditionellen Prinzipien, Verhaltensmustern und Institutionen verhaftet und orientierten sich weiterhin an den altbewährten Leitideen, überzeugt, mit ihnen die Probleme der Gegenwart bewältigen zu können. Zu den erwähnten Schwierigkeiten des bedrohten, in seiner Elite gespaltenen Reichs gesellte sich neben dem rasanten Bevölkerungswachstum – die chinesische Bevölkerung hatte innerhalb von dreißig Jahren um 100 Millionen Menschen zugenommen, und nach Auskunft des Finanzministeriums zählte das Land 1834 über 400 Millionen Einwohner – die Unausgeglichenheit der Außenbilanz, die der Opiumimport verursachte.²

Zu Recht empfand die einheimische Bevölkerung die Niederlage im ersten Opiumkrieg gegen England und die damit korrespondierende erzwungene Öffnung Chinas³ im Vertrag von Nanking vom 29. August 1842 als schockierende Demütigung und empörende

2 Zu den inneren Ursachen von Chinas Niedergang im vorliegenden Zeitraum: F. E. A. KRAUSE, *Geschichte Ostasiens*. Zweiter Teil: Neuere Geschichte, Göttingen 1925, 51-60; Jacques GERNET, *Die chinesische Welt*. Die Geschichte Chinas von den Anfängen bis zur Jetztzeit, Frankfurt a. M. 1983, 445-455; Jürgen OSTERHAMMEL, *China und die Weltgesellschaft*. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit, München 1989, 125-171; John King FAIRBANK, *Geschichte des modernen China 1800-1985*, München 1989; Jonathan D. SPENCE, *Chinas Weg in die Moderne*, München 2001.

3 Außerdem musste China an Großbritannien »Kriegsschadung« zahlen. Das Handelsmonopol für chinesische Kaufleute (Co-hong) wurde abgeschafft. Zum Ganzen:

Jürgen OSTERHAMMEL, Modernisierungstheorie und Transformation Chinas 1800 bis 1949. Kritische Überlegungen zur historischen Soziologie, in: *Saeculum* 35 (1984) 31-72.

4 Wie stark die Erschütterung vor allem für die politische Elite und die den klassischen Traditionen verpflichteten Gebildeten, den so genannten Literaten, gewesen sein muss, vermag man psychologisch nachzuempfinden, wenn man sich etwa vergegenwärtigt, dass das auf seine Geschichte, Kultur und Erbe stolze China von einem Gegner in die Knie gezwungen worden ist, dessen Existenz auf chinesischen Landkarten nicht einmal eingetragen war. Das herkömmliche Weltbild der Chinesen erlitt durch die machtpolitische Attitüde der Drohgebärde einen ideologisch empfindlichen Schlag. Die Verantwortlichen Chinas stellten sich damals aber nicht selbstkritisch und flexibel dieser Herausforderung,

verdrängten vielmehr diese bedrückende Erfahrung und interpretierten sie als eine Art »Betriebsunfall«; der englische Sieg wurde dem Kaiser sogar als ein Sieg der Chinesen dargestellt. Das mag teilweise mit dem zu beobachtenden Faktum zusammenhängen, dass Katastrophen nur selten bei den Menschen eine adäquate Verhaltensänderung bewirken, sondern man in der Regel nach der Sündenbocktheorie den für das Desaster verantwortlichen Schuldigen sucht. Er wurde ja auch schnell gefunden, nämlich in der Person des kaiserlichen Intendanten und Leiters des Kriegsministeriums Lin Tse-Hsü, der durch militärische Fehleinschätzung und überzogene Maßnahmen den Krieg provoziert und damit das Fiasko ursächlich bewirkt habe.

Provokation; sie verursachte zugleich ein traumatisierendes Stigma.⁴ Die aufgezwungenen »ungleichen Verträge« blieben eine permanente Demütigung und ein Agitationsmittel der kaiserlichen Regierung gegen die Fremdmächte. Zusätzlich wurden Chinas Beziehungen zum Ausland dadurch belastet, dass sich am Ausgang des 19. Jahrhunderts vielfach ein neuer Typ von Diplomaten breit machte, dem es an Achtung vor Chinas Geschichte und Kultur, an Respekt vor den altherwürdigen Traditionen und das Verständnis für die Mentalität der Chinesen in erheblichem Maß mangelte; ein Diplomatenotyp, der China kompromittieren und beherrschen wollte, der nicht selten zivilisierte Umgangsformen vermissen ließ und unter Nichtbeachten der landesüblichen Etikette arrogant, dominant und rücksichtslos die Interessen und Belange ihrer Heimatländer durchzusetzen suchte, notfalls mit militärischer Gewalt. Ein charakteristischer Vertreter dieser brüskierenden Art war der ehrgeizige Gesandte des Deutschen Reichs, Edmund Freiherr von Heyking, der von 1896 bis 1899 als Diplomat in Peking amtierte. In einem am 1. Mai 1899 an den britischen Peking-Korrespondenten der Londoner »Times«, den in Australien geborenen Arzt Dr. George E. Morrison⁵, gerichteten Brief sprach Heyking unverhohlen von der »kommenden europäischen Kontrolle in China« und ihren künftigen Aufgaben.⁶ Seine Frau, eine achtbare Schriftstellerin, identifizierte sich mit seiner Meinung. Mit einer gewissen Genugtuung hatte sie am 28. Dezember 1896 in ihr Tagebuch notiert: »Mr. Patrick, ein Amerikaner, der bei Li Hongchang Sekretär ist, erzählte mir heute, die Chinesen würden ihm odiiöser, je länger er sie kenne; an ein »Erwachen Chinas« sei nicht zu denken, sie seien verrannt und eingebildeter denn je »and only fit to be sliced up by the different powers.«⁷

Durch die skizzierten Fakten wurde die folgende Entwicklung der Beziehungen des chinesischen Kaiserreichs zum westlichen Ausland maßgeblich geprägt. Der Ausgang des Opiumkriegs, der Chinas militärische Schwäche offenbart, indes die Überlegenheit des Westens dokumentiert hatte, stimulierte andere imperiale Mächte, sich ebenfalls in diesem riesigen Land zu engagieren, um in ihm der heimischen Wirtschaft, dem Kommerz und Gewerbe einen neuen, unermesslichen und zukunftssträchtigen Absatz- und Rohstoffmarkt zu erschließen. Durch die im Vertrag von Nanking ertrötete Öffnung von

5 Überzeugt von der Überlegenheit des Westens, verwendeten die in China befindlichen Ausländer seiner Meinung nach zu viel Mühe darauf, den Repräsentanten »dieses abstoßenden Landes« unverdiente Ehren zu erweisen. Ihm zufolge kam China kein selbständiges Gewicht zu, sondern es war höchstens Instrument der Weichenstellung für den »Expresszug« europäischen Vordringens in Asien (Lo HUI-MIN, *The Correspondence of G. E. Morrison*, Bd. 1 [1895-1912], Cambridge 1976, 8f.).

6 Zitiert in: ebd., 121.

7 Elisabeth VON HEYKING, *Tagebücher aus vier Weltteilen*, Leipzig 1926, 199. Zur selben Zeit vertrat beispielsweise das österreichische Ehepaar Rosthorn eine völlig entgegengesetzte Position. Arthur von Rosthorn – er war 1883 nach China gekommen und zunächst in Shanghai in dem unter Leitung von Sir Robert Hart stehenden chinesischen Seezollamt tätig gewesen, bevor er 1895 zum Legationssekretär an der Gesandtschaft der k. u. k. Monarchie in Peking ernannt wurde und dort de facto die Arbeit des Gesandten verrichtete, bis er selbst zwischen 1911 und 1917 dieses Amt inne hatte – und seine Frau Paula, eine versierte Photographin, die mit geschultem Auge die Dinge um sich herum hellseherisch und kritisch registrierte, respektierten die politischen und kulturellen Traditionen Chinas. Ihre Apperzeption der andersartigen Lebensart war von unvoreingenommenem, wohlwollendem

Verständnis und Sympathie geprägt. Vieles, über das die Heykings sich maßlos ärgerten, was für sie einer Katastrophe gleichkam oder vor dem sie fast eine phobische Abneigung hegten, erlebten die Rosthorns mit heiterem Vergnügen und engagierter Gelassenheit oder zumindest mit einer tüchtigen Portion Humor. Außerdem trat Arthur von Rosthorn entschieden gegen das imperialistische Vorgehen in China ein und prangerte das eurozentristische Superioritätsverhalten an, was ihm von Seiten seiner Kollegen wiederholt herben Tadel und auch scharfe Kritik einhandelte. Hierzu aufschlussreich: Gerd KAMINSKI / Else UNTERRIEDER (Hg.), *Wäre ich Chinese, so wäre ich Boxer*. Das Leben an der k. u. k. Gesandtschaft in Peking in Tagebüchern, Briefen und Dokumenten (Berichte des Ludwig-Boltzmann-Instituts für China- und Südostasienforschung 28), Wien/Zürich 1989.

fünf Handelshäfen⁸ waren für die Europäer die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, sich dort niederzulassen. Binnen Kurzem entfalteten hauptsächlich Kaufleute, Handeltreibende und christliche Missionare eine intensive Aktivität. Sie stellten vorwiegend die Personen- und Interessengruppen dar, die ihre Regierungen bedrängten, dass sie in Peking weitere rechtliche Zugeständnisse und Privilegien durchsetzten.⁹

2 Frankreichs Schutzherrschaft über die katholischen Missionen

Zu den Westmächten, die nach dem englisch-chinesischen Friedensschluss ebenfalls unverzüglich darangingen, mit der chinesischen Zentralregierung in Kontakt zu treten und Verträge abzuschließen, gehörte Frankreich. Es ergriff als erste westliche Macht in China eine missionspolitische Initiative und begann sich dort als Schutzmacht sämtlicher katholischer Missionen und Missionare, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit, zu etablieren und zu profilieren.¹⁰ In dieser Funktion spielte Frankreich bis nach dem Ersten Weltkrieg eine maßgebliche Rolle. Gegen jeden Versuch und alle Bestrebungen, ihm sein Religionsprotektorat streitig zu machen, zu schmälern oder zu unterlaufen, hat es sich stets energisch zur Wehr gesetzt. Im Lauf der Jahre hat es gewaltige Anstrengungen unternommen, sein Privileg ständig zu erweitern und ihm zur allseitigen Anerkennung zu verhelfen.

Von Anfang an waren die führenden Kreise im Frankreich der liberalen Monarchie sich darüber im Klaren, dass man in China mit England als der ersten See- und Handelsmacht wirtschaftlich nicht konkurrieren konnte. Andererseits sah man sich vor allem aus Prestigegründen gedrängt, dort ebenfalls präsent zu sein und tätig zu werden, was zunächst mit der Errichtung eines Konsulats in Kanton geschah. Der wichtige »Beitrag« der christlichen Sendboten wird an der Direktive der französischen Regierung an ihren Diplomaten deutlich erkennbar, in der es heißt, er solle sich in allen Angelegenheiten mit den französischen

8 Die fünf Vertragshäfen waren: Kanton, Amoy, Foochow, Ningpo und Shanghai; später kamen weitere hinzu. China musste Hongkong an England abtreten.

9 Zur angedeuteten Entwicklung und ihren Auswirkungen: Hosea Ballow MORSE, *The International Relations of the Chinese Empire*, Bd. 1, London 1910, 298–418; FAN Wön-lan, *Neue Geschichte Chinas*, Bd. 1 (1840–1901), Berlin (Ost) 1959, 1–243; Louis Wei TSING-SING, *La politique missionnaire de la France en Chine (1842–1856)*. L'ouverture des cinq ports chinois au commerce étranger et la liberté religieuse, Paris 1960; Immanuel C.Y. HSÜ, *China's Entrance into the Family of Nations. The Diplomatic Phase (1858–1880)* (Harvard East Asian Studies 5), Cambridge/Mass. 1960; Masataka BANNO, *China and the West (1858–1861)*. The Origins of the Tsungli Yamen (Harvard East Asian Serie 15), Cambridge/Mass. 1964; Douglas HURD, *The Arrow War. An Anglo-Chinese Confusion (1856–1860)*, London 1967.

10 Dadurch, dass König Ludwig XIV. die ersten französischen Jesuiten an den Hof von Peking entsandt hatte, übte Frankreich bereits seit 1685 ein beschränktes Protektorat aus, das bei der Ablösung der Jesuiten durch französische Lazaristen am Ende des 18. Jahrhunderts erneuert und im folgenden Jahrhundert auf die gesamte Chinamission ausgedehnt wurde. Zur Geschichte des französischen Religions-/Missionsprotektorats: Georges COGORDAN, *Les missions catholiques en Chine et le protectorat de la France*, in: *Revue des Deux Mondes* 78 (1886) 769–798; Paul BOELL, *Le protectorat des missions catholiques en Chine et la politique de la France en Extrême Orient*, Paris 1899; Adrien LAUNAY, *Histoire générale de la Société des Missions Etrangères*, 3 Bde., Paris 1894; Joleyn PÈNE-SIÉFERT, *Missionnaires et protectorat français en Extrême Orient*, Paris 1902; Philibert CLEMENT, *Le protectorat français en Chine*, Paris 1918; Henri CORDIER, *Histoire générale de la Chine et de ses relations avec les pays étrangers*.

Depuis les temps les plus anciens jusqu'à la chute de la dynastie Mandchoue, Bd. 4: Depuis l'avènement de Tao-Kouang (1821) jusqu'à l'époque actuelle, Paris 1920; Jean Baptiste PIOLET, *Les missions catholiques françaises au XIXe siècle*, 5 Bde., Paris o. D.; CHANG Cheng-Tao, *Les traités inégaux de la Chine et l'attitude des Puissances*, Paris 1929; Kenneth Scott LATOURETTE, *A History of Christian Missions in China*, New York 1929, 228–485; H. M. COLE, *Origins of the French Protectorate over Catholic Missions in China*, in: *The American Journal of International Law* 34 (1940) 473–491; John F. CADY, *The Roots of French Imperialism in Eastern Asia*, New York 1954; Benedictus HSIEH-FAN, *Le protectorat français sur les missions catholiques en Chine au XIXe siècle* (Diss. Theol.), Rom 1959.

Missionaren beraten, denn sie seien von Alters her die ergebnissten, zuverlässigsten und nützlichsten Freunde Frankreichs.¹¹

Eine neue Epoche chinesischer Missionsgeschichte begann mit dem Vertrag von Whampoa 1844.¹² Insbesondere die chinesischen Quellen belegen eindeutig, dass der französische Bevollmächtigte Théodose de Lagrené bei den Verhandlungen um einen Handelsvertrag keinen Auftrag und ursprünglich auch nicht die Absicht hatte, die Religionsfreiheit zum Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen zu machen. Erst das Faktum, dass der Handelsvertrag ohne Schwierigkeiten zustande kam, und die wachsende Erkenntnis, dass die chinesischen Vertreter in Frankreich einen Bundesgenossen gegen England sahen, veranlassten ihn, die Forderung nach Religionsfreiheit zu stellen, die ohne nennenswerte Probleme genehmigt wurde. Abgesehen von einigen Eingaben an de Lagrené hatten die Missionare auf die Verhandlungen nicht eingewirkt. Wohl hatte dabei der ehemalige Missionar J. M. Calory, der als Dolmetscher fungierte, mit Repressalien nachgeholfen, indes war für den Verhandlungsverlauf der Wunsch der Chinesen ausschlaggebend, die Franzosen als Bündnispartner gegen die Engländer zu gewinnen. Insofern kann dieser auf der Basis gegenseitiger Respektierung und Gleichberechtigung abgeschlossene Vertrag nicht mit dem von Nanking 1842 auf die gleiche Stufe gestellt werden.¹³

Rasch avancierten die von ihrer Regierung wirksam unterstützten Glaubensboten als Avantgarde französischer Interessen im Reich der Mitte. Ihr stellten sie sich mit ihren Diensten bereitwillig zur Verfügung, denn damit bot sich ihnen die Möglichkeit eines probaten Tauschhandels; eine Chance, die sie im Verlauf der folgenden Missionsperiode reichlich wahrnahmen. Angesichts der permanenten Gefahr für Leib und Leben, bei der nach dem Frieden von Nanking noch weiterhin im Landesinnern verbotenen und somit kriminalisierten Ausübung des Sendungsauftrags ertappt und nach der chinesischen Strafgesetzgebung abgeurteilt zu werden¹⁴, konnte es den Missionaren nur lieb sein, den Schutz ihres Mutterlands zu genießen und seine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Außerdem

11 TSING-SING, *La politique missionnaire* (wie Anm. 9), 144. Diese Anweisung an den Konsul gründete in alter Tradition. Bereits zu Beginn französischer Kolonialpolitik im 17. Jahrhundert rangierte die religiöse Mission gleichwertig neben der nationalen und kommerziellen Aktivität. Hierzu: Benedicta WIRTH, *Imperialistische Übersee- und Missionspolitik*. Dargestellt am Beispiel China, in: *ZMR* 51 (1967) 105-132; 209-231; 320-339. Unabhängig von der weltanschaulichen Position des jeweiligen Regimes wurde den Missionaren im politischen Kalkül dementsprechend Rechnung getragen. Das traditionell enge Verhältnis von Staat und Kirche – letztere versteht sich als »la fille aînée de l’Eglise« –, das durch die Revolution von 1789 unterbrochen, aber durch das Konkordat von 1801 und die »Organischen Artikel« wieder hergestellt wurde, blieb trotz der staatsrechtlichen Veränderungen, die Frankreich nach Napoleons I. Sturz im 19. Jahrhundert durchgemacht hat, auf der Grundlage des von Bonaparte geschaffenen

kirchenrechtlichen Systems bis zur Trennung von Kirche und Staat am 9. Dezember 1905 bestehen. Hierzu: Klaus WEBER, *Der moderne Staat und die katholische Kirche*. Laizistische Tendenzen im staatlichen Leben der Dritten Französischen Republik, des Dritten Deutschen Reiches und der Volksrepublik Polen, Essen 1967, 3-115; neuestens zu diesem Sachverhalt: Medard RITZENHOFEN, *Gott in Frankreich unter Sarkozy*. Der Präsident glaubt an eine »positive Laizität«, in: *Politische Studien* 59 (2008) 57-63.
12 Angelus GROSSE-ASCHHOFF, *The Negotiations between Ch’i Ying and Lagrené 1844-1846* (Franciscan Institute Publications. Missiology Series 2), St. Bonaventure N.Y. 1950.
13 Johannes BECKMANN, *Neuerscheinungen zur chinesischen Missionsgeschichte von 1945-1955*, in: *Monumenta Serica* 15 (1956) 378-462, hier 444f.

14 Man begreift das elementare Schutzbedürfnis der im Landesinneren allein auf sich gestellten Glaubensboten, vergegenwärtigt man sich die vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen sie allenthalben konfrontiert wurden. Die Arbeit in der Illegalität implizierte das Risiko, verfolgt, schikaniert, ermordet oder hingerichtet zu werden. Zahlreiche Missionarsschicksale beweisen es. Ein spektakuläres Beispiel sei angeführt: Der Lazaristenpriester Jean-Gabriel Perboyre, der seit 1835 auf eigene Bitte in China missionierte und unter heroischer Selbsthingabe in den Provinzen Honan und Hupe wirkte, wurde im September 1839 gefangen genommen. Ein volles Jahr ertrug er standhaft grausame Kerkertorturen. Am 11. September 1840 wurde er in Wutschangfu an einem Kreuzesbalken langsam erdrosselt. Bei den Verhandlungen um den notwendigen rechtlichen Schutz für die Missionen spielte seine Ermordung eine Rolle; sie diente der französischen Delegation unter Leitung von Théodose de Lagrené als Argumentationshilfe (siehe Anm. 12).

erhofften sie sich davon mannigfache Erleichterungen für die missionarische Tätigkeit, die zunehmend unter den harten Konkurrenzdruck der gleichfalls von ihren Regierungen unterstützten englischen und amerikanischen Missionsgesellschaften protestantischer Provenienz geriet.

Wie erwähnt unterstanden die katholischen Missionare und Missionen unabhängig von der jeweiligen Nationalität dem diplomatischen Schutz Frankreichs. Dieses prestigeträchtige Recht, das ihm einen nicht zu unterschätzenden politischen Machteinfluss gewährleistete, resultierte nach dem zweiten Opiumkrieg /»Lorcha-Krieg« Chinas gegen England und Frankreich primär aus dem Vertrag von Tientsin vom 27. Juni 1858, der durch die Pekinger Konvention vom 25. Oktober 1860 verstärkt und in wesentlichen Punkten ergänzt worden war, zusätzlich aus den in Edikten der chinesischen Kaiser eingefügten Anordnungen, die allmählich zum Gewohnheitsrecht mutierten, sowie aus den zwischen der französischen Gesandtschaft und dem Tsungli Yamen, dem für die auswärtigen Angelegenheiten zuständigen chinesischen Ministerrat, vereinbarten Sonderabmachungen, etwa das Recht, für die christlichen Gemeinden Grundstücke zu erwerben, die Befreiung von Lokalsteuern, die mit der chinesischen Religionspraxis zusammenhingen, und die Erteilung von besonderen Legitimationspapieren.¹⁵ Die zuletzt genannten Vergünstigungen ließen sich französischen Rechtsexperten zufolge nicht herleiten aus der Meistbegünstigungsklausel, die gleichfalls anderen Ländern zugestanden worden waren, beziehungsweise konnten auf diese nicht ausgedehnt werden.¹⁶ Erwägt man diese Privilegien, dann ist einsichtig, warum Frankreich mit Argusaugen darüber wachte, dass seine Vorrechte respektiert wurden und dass seine Repräsentanten sich stets jedem Versuch vehement widersetzt hatten, der darauf abzielte, sie zu schmälern oder ihm gar streitig zu machen, beispielsweise bei den Verhandlungen zwischen der Pekinger Regierung und dem Vatikan, die kirchliche Hierarchie in China zu errichten, oder beim Bemühen der deutschen Reichsregierung, die Schutzherrschaft über die deutschen Missionare zu übernehmen.

Aufgrund dieser Konzessionen und Privilegien wurde Frankreich der Garant der Missionsfreiheit und sein Gesandter in Peking der offizielle Beschützer der katholischen Missionen. Alle das Missionswesen direkt oder indirekt betreffende Angelegenheiten gingen durch die Hand der französischen Repräsentanten. Da diese die mehr oder weniger berechtigten Forderungen und Anliegen der Missionare bisweilen rücksichtslos und ohne Respekt vor der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität Chinas durchzusetzen suchten, wurden die bilateralen Beziehungen im Verlauf der Zeit stark belastet. Folglich war – politisch betrachtet – die französische Schutzherrschaft über die katholischen

15 Französischerseits verlautet beispielsweise zur Rechtsgrundlage: »Le principe sur lequel repose notre protectorat sur les missions de toutes nationalités en Chine, n'a été – on le voit – l'objet d'aucune stipulation expresse. Il est la conséquence, consacrée par l'usage, de dispositions insérées dans des traités et des édits impériaux, dispositions qui ont assuré à la France une situation privilégiée pour les questions d'ordre religieux« (AEP/ALP, NS Chine, vol. 311, fol. 29).

16 So heißt es etwa in einem Gutachten des französischen Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten vom Januar 1901: »En admettant même que la clause de la Nation la plus favorisée pût être invoquée en cette matière, cette clause ne pouvait certainement pas s'étendre aux nombreux avantages concédés par les arrangements particuliers intervenus entre la légation de France et le Tsong-li Yamen« (ebd.). So vertrat Georges Cogordan, der im August 1885 mit dem Auftrag nach China kam, einen Handelsvertrag abzuschließen, dezidiert dieselbe Rechtsauffassung; DERS., *Les missions*

catholiques en Chine et les protectorat de la France, in: *Revue des Deux Mondes* 78 (1886) 769-798, hier 784f. Eine pointiert davon abweichende Position vertrat der Schreiber des Leitartikels »The Protection of Catholic Missionaries in China«, in: *The Chinese Times*, Nr. 119 vom 9. Februar 1889; ferner: der deutsche Gesandte Brandt im Bericht vom 21. Januar 1889 an Reichskanzler Otto von Bismarck, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes/Berlin (= PA), China 6: Stellung der chinesischen Regierung zur christlichen Kirche, R 17922.

Missionen ein zweischneidiges Schwert. Die ständigen Kompensationsforderungen für beschädigtes, geplündertes und niedergebranntes Missionseigentum, für nur zögernde Herausgabe konfiszierter Kirchen oder geeigneten Terrains zum Bau neuer, für Beleidigung, Schikanen und Misshandlung von Missionaren und ihrer Klientel, für Behinderung der einheimischen Christen in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten sowie die Unzahl der zu ihren Gunsten geführten Prozesse brachten die diplomatischen Vertreter Frankreichs bei den chinesischen Behörden dauernd in Misskredit. Denn zahlreiche Zwischenfälle waren durch das ungeschickte, in chinesische Mentalität vielfach wenig einfühlsame Verhalten und durch das eurozentristische, aggressive Superioritätsgebaren mancher Glaubensboten provoziert worden.

Wegen der engen Liaison der christlichen Missionare mit ihren Regierungen sowie der manifesten Interaktion zwischen ihnen und den ausländischen Mächten gerieten die Glaubensboten in den Augen der meisten Chinesen unter den Generalverdacht, Handlanger, Befehlsempfänger, Kollaborateure und Erfüllungsgehilfen der verhassten »fremden Teufeln« sowie Unruhestifter und Verbreiter von Irrlehren zu sein. Man warf ihnen vor, sie machten gemeinsame Sache mit ihren jeweiligen Regierungen, die die territoriale Integrität und Souveränität des Kaiserreichs sowie ihre kollektive Ehre verletzten, ihr Land schamlos ausbeuteten, altehrwürdige Sitten und überkommene Gebräuche grob missachteten, ihre Repräsentanten vielfach demütigten und herabsetzten. Die massiven Vorbehalte und das enorme Misstrauen gegenüber den unerwünschten, nicht selten anmaßend auftretenden Eindringlingen, ihre Ablehnung und die Kritik an ihnen verstärkten sich, als die territorialen und materiellen Begehrlichkeiten der fremdländischen Mächte ausgeprägter zu Tage traten, der patriotische Egoismus, die nationale Eitelkeit der Fremdmächte und ihr Superioritätsgebaren immer arrogantere Züge annahmen, zumal sich praktisch sämtliche Bewohner der achtzehn Provinzen China für den Mittelpunkt der Zivilisation und der Macht hielten, davon überzeugt, dass nur seine Sprache, Kultur und Sitten der Aufmerksamkeit der Einheimischen wie auch der Barbaren wert seien.

Das Faktum, dass Frankreich im Reich der Mitte hauptamtlich durch seine Missionare vertreten war, bot ihm kaum eine andere Alternative als das entschlossene Engagement auf dem Gebiet der Ausbreitung des christlichen Glaubens. Dabei lässt sich nicht übersehen, dass bei manchem diplomatischen Vertreter Frankreichs der Sinn für machtpolitische Demonstrationen und das Streben nach persönlichen Lorbeeren stimulierendes Motiv für missionspolitische Aktivität gewesen sind.

Dank der unstrittigen Vorteile, die das französische Protektorat den katholischen Missionaren gewährte, und angesichts des Faktums, dass sie von ihren Heimatländern oft keine unterstützende Hilfe erfuhren, die Frankreichs Diplomaten indes bereitwillig leisteten, machten es sich die Missionare zur Gewohnheit, französische Pässe und französischen Schutz zu erbitten, zumal ein gewisser Opportunismus und die weit verbreitete Überzeugung vorherrschten, dass missionarische Betätigung im Reich der Mitte ohne diplomatischen Schutz und ohne Rückendeckung durch heimatliche Kanonenboote ein vergebliches Unterfangen sei. Der häufig von westlicher Seite geäußerte Vorwurf, die Regierung in Paris habe durch ihre Gesandten lediglich die eigenen Landsleute unterstützt und die Missionare anderer Staaten vernachlässigt, lässt sich anhand der Akten des Quai d'Orsay und der ehemaligen französischen Gesandtschaft in Peking so pauschal nicht halten. In der Regel haben sich die französischen Diplomaten der Belange der Missionare unterschiedslos loyal und tatkräftig angenommen, so dass mehrere Jahre für sie kein Anlass zu Unzufriedenheit bestand. Gleichwohl ist einzuräumen, dass einzelne Diplomaten der Schutzpflicht mitunter lasch nachkamen oder die komplexen Aufgaben im Kontext der

jeweils vorherrschenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu meistern vermochten. Ihrem Handlungsspielraum waren nicht selten enge Grenzen gesetzt, da die chinesischen Behörden und Beamten keineswegs als bloße Erfüllungsgehilfen der Wünsche und Forderungen der französischen Repräsentanten fungierten. Denn das Kaiserreich war und blieb trotz der oktroyierten »ungleichen« Verträge und vielfältiger Repressionen ein souveräner Staat mit einem ausgeprägten Selbstbewusstsein.

Ein mit der Schutzherrschaft gegebenes Vorzugsrecht betraf das Ausstellen eines speziellen Passes für französische, aber auch für katholische Missionare anderer Nationalitäten, das es kurz zu erläutern gilt. Dieser Ausweis – er ist exakt vom Schutzschein, dem so genannten »Drachenschein« (Lung piao), zu unterscheiden –, in Französisch und Chinesisch abgefasst, ermächtigte seinen Inhaber, überall den Glauben zu verkünden, seinen Wohnsitz dauerhaft aufzuschlagen, in allen Ortschaften Land zu mieten oder zu kaufen, um dort Häuser und Kirchen zu bauen. Er forderte zugleich die chinesischen Autoritäten auf, dem Besitzer eines solchen Ausweises in jeder Lage beizustehen; schließlich wurden die den Missionaren zustehenden Privilegien aufgezählt. Der Pass musste vom Tsungli Yamen beglaubigt und mit dem Siegel des Pekinger Stadtpräfecten sowie mit der Unterschrift des französischen Gesandten versehen sein.¹⁷

Dieser Missionspass, der die Legitimationsgrundlage bildete, ohne die der Schutz und die erwähnten besonderen Vorrechte nicht reklamiert werden konnten, darf nicht verwechselt werden mit dem normalen Reisepass für das chinesische Binnenland, den die jeweiligen Landeskonsulate in den Vertragshäfen ausstellten und der von den Lokalbehörden visiert wurde. Irrig ist allerdings die Annahme, Missionare benötigten zur Reise in China etwa einen französischen oder deutschen Pass. Da das Land keinen Passzwang kannte, war eine solche Bescheinigung folglich auch nicht erforderlich, und zudem hätte sie zur Reise ins Innere Chinas keinen effektiven Wert gehabt.

17 Passformular für die deutschen katholischen Missionare; Abschrift der Übersetzung aus dem Chinesischen als Anlage 2 zum Bericht Nr. 9 vom 4. Januar 1889, in: PA, China 6, R 17922. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister des Deutschen Reichs in China ... (Name) *In Sachen der Erteilung eines Schutzpasses* »Aufgrund der zwischen dem Deutschen Reich und China bestehenden Freundschaftsverträge und der in andern Verträgen enthaltenen Bestimmungen sowie der zwischen der Gesandtschaft des Deutschen Reichs und dem Tsungli Yamen getroffenen besonderen Vereinbarungen erteile ich, der Gesandte, dem Angehörigen des Deutschen Reichs, dem katholischen Missionar ... diesen Pass zur Empfangnahme und als Ausweis. Da mir, dem Gesandten, wohl bekannt ist, dass der ... ein namhafter Gelehrter ... meines ... Landes ist, der großes Wissen und hohe Tugend in hervorragendem Maße miteinander verbindet, so beehre ich mich, an die hohen Minister der Kaiserlich-Chinesischen Regierung und an die Zivil- und Militärbeamten aller Pro-

vinzen sowie an die Kaiserlichen Residenten der Grenz- und Außengebiete das Ersuchen zu stellen, dass sie den ... von diesem Augenblicke an, innerhalb der Provinz ... gänzlich nach seinem freien Ermessen und Belieben sich hin und her bewegen, seine Religion predigen, an welchem Orte es auch immer sei, Feld und Land mieten oder kaufen, katholische Kirchen, Häuser und Wohngebäude errichten lassen ohne die geringste Behinderung und Schwierigkeit, ihn auch mit der einem Gast entgegenzubringenden Höflichkeit zu behandeln, bei allen Gelegenheiten sich seiner anzunehmen, ganz bestimmt aber nicht ihn vom Standpunkt eines unbeteiligten Zuschauers aus zu betrachten. Somit nun stelle ich, der Gesandte, diesen Pass aus zu dem Zwecke und um zu veranlassen, dass in allen Orten des chinesischen Reichs, dem eigentlichen China und in den Außenländern, in voller Erfüllung des Obigen verfahren werde, ohne irgendwelche Zuwiderhandlungen, damit dadurch die ewige Dauer und Gültigkeit der Bestimmungen des Freundschaftsvertrags offenbar werde. Dieses ist wahrlich meine, des Gesandten, aufrichtige Hoffnung.

Wie vorstehend ausgestellt und übergeben

Kuang-hsü, ... Jahr ... Monat ... Tag
Von der Gesandtschaft
des Deutschen Reichs
Anmerkung:
Sollte an irgendeinem Orte ein Aufstand oder Unruhen ausgebrochen sein, so darf der Inhaber dieses Passes sich unter keinen Umständen dorthin begeben. «
Unterschrift des Empfängers
Pass-Journal der Gesandtschaft, Nr. 18
Zum Typus des Missionszwischenfalls in China, dem unterschiedliche Faktoren sowie ein vielschichtiges Ursachengeflecht und ein plurivalentes Bedingungsgefüge zugrunde gelegen haben: Tilemann GRIMM, Anti-imperialistische Bauernaufstände in China, in: *GWU* 29 (1978) 359-366, 373f; konfessions- und lokalspezifisch: Rolf Gerhard TIEDEMANN, Protestant »Missionary Cases« (jiao'an) in Shandong Province, 1860-1900, in: *Ching Feng. A Journal on Christianity and Chinese Religion and Culture* 8 (2007), Nr. 1-2, 153-195.

3 Problematik der Missionszwischenfälle

Ein prekärer Sachverhalt, der die Beziehungen der ausländischen Mächte zu China arg belastete, war die Missionsfrage. Von Anfang an gab sie Anlass zu Querelen, Konflikten, gewaltsamen Auseinandersetzungen und diplomatischen Interventionen zugunsten der Missionare. Dadurch wurden die Würde und das Ansehen des christlichen Bekenntnisses beschädigt, ferner litt die Integrität der Glaubensbotschaft darunter. Denn mittels der christlichen Religion war eine Bresche in das jahrtausendealte System gelegt worden. Mit dem Übertritt zum Christentum sah sich der Getaufte vielfach Repressionen ausgesetzt. In der Regel löste er sich vom Familienverband oder er wurde aus ihm ausgegrenzt, wodurch er, in einem echten Dilemma sich befindend, gegen überkommene Bräuche und Sitten verstieß und, ohne es explizit zu beabsichtigen, durch sein Sosein und Verhalten Unfrieden und Zwietracht stiftete.

Diese religiöse Grundentscheidung störte den allgemeinen sozialen Frieden, die konfliktfreie Koexistenz sowie die vorfindlichen familialen und/oder lokalen Verhältnisse, sie machte sich namentlich bemerkbar bei Erbteilungen, Landstreitigkeiten und Familienprozessen, bei denen die Missionare sich häufig für ihre Konvertiten nachhaltig einsetzten. Den ihnen Anvertrauten brachten sie nicht selten ein blindes Vertrauen entgegen. Arglistige, verschlagene, minderwertige und lediglich auf ihre Vorteile bedachte Konvertiten, die in gleicher Weise der Reputation der christlichen Religion wie ihren Vertretern empfindlichen Schaden zufügten, nutzten oftmals die Leichtgläubigkeit der Glaubensboten aus, um diese zu veranlassen, für sie bei den heimischen Behörden und Beamten Fürsprache einzulegen und zu ihren Gunsten zu intervenieren. Widersetzten sich diese dem Ansinnen, so nahm der Missionar in einem dringlichen Hilfersuchen Zuflucht beim zuständigen Konsul oder Gesandten. Das hatte meist zur Folge, dass die chinesische Regierung, durch Drohungen eingeschüchtert und genötigt, die betreffenden Funktionäre maßregelte, oder ihrer Ehrendekoration entkleidete und sie absetzte oder gar hart bestrafte, um ein Exempel zur Abschreckung zu statuieren und Satisfaktion zu dokumentieren. Hier lag ein echter Teufelskreis vor. Denn ein derartiges Vorgehen verbitterte und erboste sowohl die gedemütigte Beamtschaft als auch die nichtchristliche Bevölkerung. Beide Gruppen sann auf Vergeltung und rächten sich bei einer günstigen Gelegenheit am Missionar und seiner Anhängerschaft. Anlässlich verschiedenartigster Vorfälle hatten die Lokalbehörden deshalb den Konsuln stets aufs Neue nahegelegt, die Missionare zu verpflichten, sich unbefugter Einmischung zu enthalten, und zwar unter dem Hinweis, dass die Feindseligkeiten gegen die Ausländer und die einheimischen Christen wesentlich auf die erwähnten Interventionen zurückzuführen seien.

Gleich einem roten Faden begleiteten die so genannten Missionszwischenfälle¹⁸ in den verschiedenen Landesteilen Chinas die Glaubensverkündigung und den Aufbau kirchlicher Strukturen. Erwähnt seien lediglich das Tientsiner Massaker vom 21. Juni 1870, das vielerorts blankes Entsetzen ausgelöst hatte, und die folgenreiche Ermordung zweier Steyler Missionare am 1. November 1897, die zur Besetzung der Kiautschou-Bucht durch das Deutsche Reich geführt hatte. Oftmals waren die an die Adresse der Missionare und Ordensfrauen gerichteten Vorwürfe und Anschuldigungen von Seiten der einheimischen Bevölkerung wie auch ausländischer Kreise jedoch überzogen oder schlicht ungerechtfertigt und haltlos. Jahrzehntelang kursierten Gerüchte, denen man vielfach Glauben schenkte, Missionare und Schwestern raubten den Eltern ihre Kinder, behexten sie und nahmen ihnen die Sprachfähigkeit. In Waisen- und Findelhäusern würden die Kinder brutal behandelt, missbraucht, geschändet und getötet; für die Zubereitung von Medizin

und für magische Rituale würden ihnen die Herzen herausgeschnitten und die Augen zur Herstellung von Fotoapparaten ausgestochen. Da die Christen-Frauen mit fremden Männern bei Gottesdiensten und anderen Gelegenheiten Kontakt hatten, warf man den Konvertiten Promiskuität und Missachtung der guten Sitten vor. Mit in Umlauf gesetzten unsinnigen, bizarren und fiktiven Berichten, ehrverletzenden Verdächtigungen und böseartigen anonymen Plakaten hetzte man das Volk vorsätzlich auf. Durch pauschales Beurteilen, undifferenzierte Kritik und monokausale Begründungen wurde das eingewurzelte Vorurteil bezüglich der Missionare und ihrer Anhängerschaft nicht selten von offizieller Seite verfestigt, ein diffuses Feindbild konstruiert, Zwietracht gesät und Hass geschürt.

So heißt es beispielsweise in der durch die 1890/91 im Jangtse-Tal ausgebrochenen Unruhen veranlassten und mit Genehmigung der höchsten Behörden der Provinz Szechuan erlassenen Proklamation des Subpräfekten Wu von Chiung-chow vom 29. April 1891, die hier zur Gänze zitiert wird:

»Fremde Missionsanstalten und Hospitäler sind so über die ganze Provinz Szechuan verbreitet, dass fast kein Ort ohne eine derartige Anstalt ist. Die Anhänger der christlichen Lehre sind aber ebenso gut chinesische Untertanen wie der übrige Teil der Bevölkerung, sie reden dieselbe Sprache, tragen dieselbe Kleidung, wohnen in denselben Dörfern wie alle anderen. Der einzige Unterschied ist eben der, dass sie der christlichen Religion angehören und der übrige Teil der Bevölkerung nicht. Wenn gegenseitig keine Streitigkeiten vorkämen, würden beide Teile friedlich nebeneinander leben können, aber die Missionare und die christliche Bevölkerung bilden eine zu verbrecherischem Treiben eng verbundene Rotte von Bösewichtern. Unter der christlichen Bevölkerung haben nur wenige etwas gelernt und verstehen die Ordnung der Dinge, die meisten sind Bummel und Taugenichtse. Entweder sind sie durch ihre Armut veranlasst worden, Christen zu werden, weil sie hoffen, von der Mission mit Geld unterstützt zu werden; oder in einem aussichtslosen Prozess verwickelt, wollen sie sich der Macht der Mission bedienen, um denselben gewinnen zu können, oder sie haben gar an einem anderen Orte ein Verbrechen begangen und werden Christen, um in der Mission Zuflucht zu finden und der Bestrafung zu entgehen. Pächter, die von ihren Grundbesitzern gedrängt werden, Rente zu bezahlen, stützen sich auf die Macht der Mission, um Rache zu nehmen. Kurz, es sind zahllose Missstände mit den Missionen verbunden. Hierzu gehört auch, dass sobald jemand dem christlichen Glauben beigetreten ist, auf Grund dessen alle durch das Gesetz vorgeschriebenen öffentlichen Beisteuern und Arbeitsleistungen sowie die gegenseitigen Unterstützungen und Hilfeleistungen einfach verweigert werden.

Andererseits erlauben sich die Christen alle Arten von Übertretungen, Ausschreitungen und Verbrechen gegen die übrige friedliche Bevölkerung. Tut die letztere nicht genau, was jene wollen, beginnen die Christen ohne weiteres gerichtliche Streitigkeiten. Während aber die nichtchristliche Bevölkerung die vorgeschriebenen Formen benutzt, und es nicht leicht ist, eine Eingabe durch die verschiedenen Behörden durchzubringen, brauchen die Christen nur einen Fetzen Papier zu nehmen. Dies genügt, den Missionar dazu aufzustacheln, dass er seine Visitenkarte beifügt und für den Christen die Eingabe bei der Gerichtsbehörde macht. Die Richter lassen sich von den Missionaren einschüchtern, sie sind immer bereit nachzugeben; und da sie nebenbei stets wünschen, die Streitigkeiten möglichst bald beizulegen, so ist es dann unvermeidlich, dass die Christen begünstigt und die Nichtchristen bedrückt werden. Nun gründen die Missionare hierauf ihr Ansehen, die Christen verkünden laut, dass sie schon ihren Willen durchsetzen werden, und es ist fast so weit gekommen, dass ein von einem Christen angestrebter Prozess nur dann beendet ist, wenn der Christ Recht erhält und eine von einem Nichtchristen begonnene Rechtsstreitigkeit nur durch das Nachgeben des Klägers beizulegen ist.

Während die nichtchristliche Bevölkerung so der Macht weichen muss, ohne ein Mittel zu haben, zu ihrem Recht zu gelangen, wird natürlich in jedem Falle lebhafter Unwille erzeugt, der zwar vorläufig keinen Ausweg findet; aber da sich dasselbe immer wiederholt, vermehrt sich die Masse der gegen die christliche Religion feindlich Gesinnten immer mehr, und so entstehen die Reibereien und der Hass zwischen Christen und Nichtchristen. Der monatelang angesammelte Zorn macht sich dann wohl in einem gewaltsamen Ausbruch Luft, und so erklären sich die patriotischen (!) Angriffe gegen die Missionen und die Ruhestörungen. Da durch eine längere Duldung dieser unbefriedigenden Zustände notwendig bodenloses Unheil entstehen muss, so hat der Taotai Chang Folgendes beantragt:

Sämtliche Lokalbehörden sind anzuweisen, dass sie die in ihren Amtsbezirken vorhandenen Missionare auf das Strengste anhalten, dass sie sich nur auf die Verbreitung des Glaubens zu beschränken haben. Es darf ihnen nicht gestattet werden, Klagesachen einheimischer Christen von ihrer Karte begleitet den Behörden einzureichen. Die Entscheidung aller Prozesse muss durch die Lokalbeamten nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften erfolgen, den Missionaren darf keine Einmischung gestattet werden. Ebenso ist den einheimischen Christen anzubefehlen, dass sie ihre frühere Handlungsweise aufgeben müssen und andere Wege einschlagen, damit sie nicht den Hass der Übrigen erregen und Ruhestörungen vermieden werden.

Der Generalgouverneur und der Bannergeneral haben diesen Bericht dem Tsungli Yamen zur Kenntnisnahme mitgeteilt und treffen folgende Anordnungen:

In Zukunft sind alle aus Streitigkeiten zwischen Christen und Nichtchristen entstehenden Klagesachen in der Form einer Bittschrift den Lokalbeamten einzureichen, die Christen dürfen nicht offen den Vertragsbestimmungen zuwiderhandeln, denn sie müssen wissen, dass sie ebenso gut wie der übrige Teil der Bevölkerung chinesische Untertanen sind, dass daher alle Rechtsstreitigkeiten nach dem chinesischen Gesetz entschieden werden müssen und es Ausländern nicht gestattet werden kann, sich einzumischen. Die in China bestehenden gesetzlichen Bestimmungen müssen auch von den Christen befolgt werden. Den öffentlichen Beisteuern und Dienstleistungen darf nicht ferner Widerstand entgegengesetzt werden, da sich die Betreffenden dadurch nicht nur eine Strafe zuziehen, sondern auch den Hass der Übrigen erregen, wodurch dann Ruhestörungen entstehen.

Nachdem mir, dem Subpräfekten, vorstehender Erlass zugegangen, veröffentliche ich diese Proklamation an Euch, christliche und nichtchristliche Bewohner des Bezirks Chiungchow, damit Ihr Euch danach richten könnt. Wer es wagen sollte, ungehorsam zu sein, wird ohne Nachsicht zur Verantwortung gezogen werden.¹⁹

Als es im Mai 1891 in den Vertragshäfen der Jangtse-Provinzen, besonders in Wuhu, aber ebenso im Inneren Chinas erneut zu organisierten Gewalttätigkeiten der nichtchristlichen Bevölkerung gegen ihre konvertierten Landsleute und Missionare sowie zur Verwüstung von Missionseinrichtungen gekommen war, richteten die Gesandten Deutschlands, der USA, Großbritanniens, Japans, Italiens, der Niederlande, Spaniens, Russlands und Frankreichs – der belgische Geschäftsträger befand sich nicht in Peking – an die Minister des Tsungli Yamen eine geharnischte Kollektivbeschwerde. Darin übten sie scharfe Kritik an der Zurückhaltung der chinesischen Regierung beim vertraglich zugesicherten Schutz von

¹⁹ Anlage 1 als Abschrift zum Bericht Nr. 136 vom 27. Juni 1891 des deutschen Gesandten Brandt an Reichskanzler Leo von Caprivi, in: PA, China 1: Innere Angelegenheiten Chinas, R 17648.

Personen und Eigentum ihrer Staatsangehörigen. Die zwangsläufige Folge der Untätigkeit der chinesischen Autoritäten seien vermehrte Übergriffe gewesen, gegen die nicht energisch eingeschritten worden sei. In keinem einzigen Fall habe man einen der Schuldigen bestraft, »selbst wenn Hunderte oder Tausende am hellen Tag an den Übergriffen beteiligt« gewesen seien. Seit einer Reihe von Jahren müssten sie, die Gesandten, vielmehr konstatieren, dass die Unterlassung jedes wirksamen Eingreifens von Seiten des Tsungli Yamen dazu geführt habe, »dass die provincialen und örtlichen Autoritäten virtuell von der Zentralregierung unabhängig in allen Fragen wurden, die auswärtige Interessen betreffen.«²⁰ Blicke es auf chinesischer Seite bei dieser Tatenlosigkeit und diesem Taktieren, dann sähen sie sich genötigt, auf eigene Mittel zurück zu greifen, »um Personen und Eigentum ihrer Landsleute zu schützen und Wiedergutmachung für Unrecht oder Beleidigung ihnen gegenüber zu erreichen.«²¹

Bei der Konferenz im Tsungli Yamen am 25. Mai 1891 wiederholten die Minister gegenüber den drei Vertretern aller in Peking anwesenden Vertragsmächte die hinlänglich bekannten Vorwürfe an die Adresse der Missionare, ferner beanstandeten sie die Errichtung der umstrittenen und übelbeurteilten Asylen. Die Diplomaten wiesen diese Anschuldigungen entschieden zurück. Schließlich versprachen die chinesischen Gesprächspartner, die Wuhu-Affäre im gewünschten Sinn zu bereinigen, sämtliche schwebenden Verfahren »in Übereinstimmung mit den Forderungen der Gerechtigkeit« beizulegen und dem Kaiser ein Memoire vorzulegen mit der Bitte, »er möge ein oder mehrere Edikte erlassen und Proklamationen durch die hohen Provinzautoritäten in den Jangtse-Provinzen mit kaiserlicher Autorität veranlassen, worin die Anklagen gegen die Missionare und Konvertiten durch Plakate und auf andere Weise als unbegründet, verleumderisch und schwer schädigend verurteilt wurden und all jenen Bestrafung angedroht wurde, die weiter solche Anklagen vorbrächten.«

Die Gesandten erklärten abschließend, dass ein zum Christentum bekehrter Chinese sich weiter unter der Jurisdiktion Chinas befinde; sie verlangten jedoch, dass gemäß den Verträgen niemand belästigt oder verfolgt werden dürfe, nur weil er Christ geworden sei und sich entsprechend verhalte.²²

Zu diesem Gesamtvorgang ist die im Auswärtigen Amt zu Berlin aufgrund einer Marginalbemerkung von Reichskanzler Caprivi angefertigte Aufzeichnung höchst aufschlussreich. Sie lautet auszugsweise: »Bis vor wenigen Jahren ist es auch für unsere Politik in Ostasien Grundsatz gewesen, bei jeder Gelegenheit die Gemeinsamkeit der europäischen Interessen zu betonen und dementsprechend in Tokio und Peking in möglichster Fühlung mit den übrigen Ministern zu handeln [...]. Nach dem Tientsiner Massaker 1870 haben wir sogar während des französischen [-chinesischen] Krieges [1884/85] noch mit der französischen Vertretung zusammen operiert.

Jenes Prinzip hat indessen seitdem eine Umwandlung erfahren. Zuerst in Japan. Als wir sahen, dass wir mit der Vermengung unserer Interessen mit denen der anderen Staaten, die zum Teil aufgrund ihrer Kolonialbestrebung im östlichen Asien mit großem Verdacht angesehen wurden, das gegen diese herrschende Odium teilten, ohne damit für uns etwas zu gewinnen, fingen wir an, eine Sonderstellung einzunehmen. In diesem Sinne haben wir in Japan seit 1886 unsere Handelsvertretungsverhandlungen geführt. Bei China erschien

20 Die Repräsentanten der Vertragsmächte an die Minister des Tsungli Yamen, Peking, den 20. Mai 1891; Abschrift in Englisch als Anlage 1 zum Bericht Nr. 96 vom 27. Mai 1891 Brandts an Caprivi, in: ebd., R 17646.

21 Ebd.

22 Brandt an Caprivi; Abschrift in Englisch als Anlage zum Bericht Nr. 96 vom 27. Mai 1891, in: ebd.

23 Aufzeichnung des Vortragenden Rats Ludwig Raschdau vom 13. Juli 1891, in: ebd.

jener Wechsel von vornherein erheblich schwieriger. Aber auch dort versuchten wir allmählich diesen Weg zu gehen, namentlich seit Frankreich in dem Friedensvertrag mit China in 1886 sich in Gegensatz zu unseren wirtschaftlichen Interessen durch die bekannte Eisenbahnklausel gestellt hatte. Dazu kam, dass wir im Gegensatz zu Frankreich (und in der beabsichtigten Gegenwirkung gegen jenen Vertrag) den Schutz unserer Missionare in China in Anspruch nahmen und damit die Interessendifferenz offen bekundeten. Tatsächlich war – und das sprach sich bei zahlreichen einzelnen, namentlich das wirtschaftliche und industrielle Gebiet berührenden Fragen klar aus – damit jener Grundsatz der Gemeinsamkeit verlassen. Wenn sich zwischen Regierung und Volk unterscheiden lässt, so wäre das Zweckmäßigste, an der Gemeinsamkeit der Interessen dem Volk gegenüber festzuhalten, nicht aber der Regierung gegenüber. Die Masse macht in China keinen Unterschied zwischen Fremden, und die Gefahr der Europäer erscheint im gegebenen Falle nur als gemeinsame. Herr Brandt hat dieses Mal die Lage für eine sehr ernste gehalten. Unsere Mission ist dort zurzeit sehr schwach vertreten. Wir werden ihm keinen Vorwurf machen können, wenn er zu löschen anfing, als erst das Haus des Nachbarn brannte. Aber es wäre gut, wenn er auch die andere Seite der Frage berücksichtigte, ob wir damit nicht den Vorteil, die französisch-chinesischen Antipathien einmal zu benutzen, aus der Hand geben.«

Dem deutschen Repräsentanten in Peking wurde jedoch anheim gestellt zu erwägen, »ob nicht durch Unterstützung fremder (französischer) Interessen der Erfolg in eigener Sache beeinträchtigt würde. Im Übrigen wäre der besseren Sachkenntnis des Gesandten sein Verhalten zu überlassen.«²³

Wegen der ständigen, ja eskalierenden Missionszwischenfälle und der damit gegebenen emotionsgeladenen Negativatmosphäre forderte man in regelmäßigen Abständen, vor allem jedoch bei besonders spektakulären Geschehnissen, von chinesischer wie auch von westlicher Seite mit allem Nachdruck, die christliche Missionstätigkeit entweder massiv einzuschränken beziehungsweise ganz zu verbieten, oder aber grundlegend neu zu gestalten, friedensstiftende wie friedenerhaltende Strategien zu entwickeln, nutzbringende, vertrauensbildende Maßnahmen zum Abbau der gegenseitigen Vorurteile zu ergreifen und einen wirksamen, umfassenden Versöhnungsprozess zwischen den Konfliktparteien in Gang zu setzen, um so für die Zukunft jeglichen Missionszwischenfall von vornherein zu unterbinden und zu einem verträglichen Miteinander von Christen und Nichtchristen zu finden. Zu diesem Zweck sind im Lauf der Zeit verschiedene Konzeptionen erarbeitet und zur Diskussion gestellt worden.

Durch die Katastrophe des Boxeraufstands und seiner Folgewirkungen war die Missionsfrage erneut ins Zentrum kontroverser Diskussionen getreten. Dadurch hatte sich zum einen das Klima zwischen Chinesen und Ausländern vielerorts qualitativ verschlechtert, zum anderen sich bei der aufgeschlossenen chinesischen Elite, die auf den Wandel setzte, die Einsicht breitgemacht, dass endlich längst überfällige Reformvorhaben in Angriff genommen werden müssten, um fortan mit den fremden Mächten konkurrieren zu können. Die mit der Missionsfrage inhärent zusammenhängenden Querelen, Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten belasteten das Verhältnis der Missionare unterschiedlicher Provenienz und ihrer Gemeinden zur chinesischen Beamtschaft und Bevölkerung, aber in gleicher Weise Chinas Beziehungen zum Ausland. Die diplomatischen und konsularischen Vertreter wussten sich verpflichtet, ihren Landsleuten – also auch den Missionaren – den gebotenen Schutz angedeihen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass die vertraglich fixierten Rechte von den chinesischen Behörden eingehalten wurden. Andererseits gab es unter den Repräsentanten der westlichen Mächte solche, die in Wort und Schrift das polemische Pauschalurteil propagierten, wonach die Missionare für sämtliche Wirren und Schwierigkeiten in China die alleinige Schuld trügen und

verantwortlich seien. Ebenso sahen zahlreiche ausländische Gewerbetreibende, Großhändler, Kaufleute, Vertreter von Industrieunternehmen und der Hochfinanz in den Missionaren Unruhestifter und Störenfriede, die das einträgliche Geschäft mit China behinderten, wenn nicht überhaupt vereitelten. In den Heimatländern der Missionare wurde von bestimmten Kreisen ebenfalls Kritik an ihrem Verhalten geübt. Derartige in Umlauf gesetzte Denunziationen und kollektive Verurteilungen blieben freilich nicht unwidersprochen.²⁴

Im Jahrzehnt nach der Unterzeichnung des so genannten Boxerprotokolls vom 7. September 1901 wurden von chinesischer und ausländischer Seite zahlreiche Initiativpläne und Konzepte entworfen, Überlegungen angestellt, Empfehlungen zu Papier gebracht und Vorschläge zur Diskussion gestellt, die Perspektiven für eine gedeihliche und konfliktfreie Evangelisierung aufzeigten. Aus der Fülle der unterbreiteten Anregungen und des intensiven Meinungsaustauschs wird aus den zahlreichen Lösungsvorschlägen im Folgenden lediglich das Gutachten eines protestantischen Missionars zu einer satisfaktionsfähigen Neuregelung des Missionswesens aus dem Jahr 1906 resümiert.

4 Das Gutachten von Timothy Richard zur Neuregelung des Missionswesens aus dem Jahr 1906

Da weder die früheren bei der Zentralregierung in Peking eingereichten Eingaben und Gutachten zur Lösung der Missionsfrage durchgreifende und nachhaltige Fortschritte gezeitigt hatten, zur gleichen Zeit aber wegen der eskalierenden gesellschaftspolitischen Spannungen infolge der oftmals wenig behutsam betriebenen Evangelisierung dringender Handlungsbedarf bestand, wurden weitere Expertisen produziert und der Regierung recht verschiedenartige Vorschläge unterbreitet, wie das Missionswesen elementar und völlig neu organisiert werden könnte beziehungsweise müsste. Selbst die zuvor in den englisch-chinesischen Vertrag von 1902 und die in den amerikanisch-chinesischen Vertrag von 1903 aufgenommenen Bestimmungen über die Regelung der Missionsfrage hatten keine signifikante Wende herbeizuführen vermocht. Auch die im Herbst 1905 in Shanghai begonnenen und dann zum Stillstand gekommenen deutsch-chinesischen Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag, bei denen die chinesische Regierung darauf drängte, in den Text des abzuschließenden Vertrags einen Passus aufzunehmen, der die Rechte und Pflichten der deutschen Missionsgesellschaften und Missionare in China sowie der chinesischen Christen klar festlegen sollte, hatten keinen Durchbruch gebracht. Dieses Ansinnen war nämlich von der Regierung des Deutschen Reichs als nicht akzeptabel zurückgewiesen worden.²⁵

Im Herbst 1906 konzipierte der englische protestantische Missionar Timothy Richard (1845-1919)²⁶, der bereits vier Jahre zuvor im Auftrag der chinesischen Regierung mit dem Waiwupu, Chinas 1901 geschaffenen Außenministerium, über akzeptable Regulative für die christlichen Missionen beraten hatte, nach erneuten Konsultationen mit diesem Amt einen Katalog von Vorschlägen, mit denen seiner Überzeugung gemäß die Missionsstreitigkeiten sich wirksam und dauerhaft beseitigen ließen.²⁷ Diese zielten im Allgemeinen darauf ab, dass die Missionare die chinesischen Religionen und Sitten nicht schmähen und

24 Karl Josef RIVINIUS, Boxerbewegung und christliches Missionswesen in China, in: *Verbum SVD* 32 (1991) 65-95, hier 82f.

25 Konrad Freiherr von der Goltz an den Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow, Peking, den 1. Oktober 1906, in: PA, China 6, R17967.

26 Informativ zu seiner Biographie: William E. SOOTHILL, *Timothy Richard of China*. Seer, Statesman, Missionary

and the Most Disinterested Adviser the Chinese Ever Had, London 1924.

27 Zur Gänze im Anhang wiedergegeben.

28 Wie vorige Anmerkung.

herabsetzen, außerdem sich in die innere Verwaltung des Landes nicht einmischen sollten. Ihrerseits sollten die Chinesen die christliche Religion respektieren und die chinesischen Richter sich hüten, gegen die Christen einseitig Partei zu ergreifen. Außerdem sollten die einzelnen Missionsgesellschaften alljährlich den Provinzregierungen Bericht über die von ihnen gegründeten Anstalten erstatten; durch Beratungen der Provinzbehörden mit einem Vorstandsausschuss der Missionsgesellschaften sollte des weiteren der Kontakt zwischen den Beamten und Missionaren gepflegt und aufrechterhalten werden. Schließlich sollten die Provinzgouverneure nach jedem Triennium einen zusammenfassenden Bericht über die von den Missionsgesellschaften unternommenen Maßnahmen bezüglich ihrer Wohlfahrts-einrichtungen erstatten.

In der Stellungnahme zu den Vorschlägen von Timothy Richard, die er dem an der kaiserlich deutschen Gesandtschaft in Peking tätigen, hochgeschätzten China-Experten, Konrad Freiherr von der Goltz, persönlich mitgeteilt hatte, bewertete dieser die Anregungen prinzipiell als nützlich und annehmbar. Er räumte allerdings ein, dass einige Punkte sich schwerlich durchführen ließen, etwa die Bestimmungen in den Paragraphen 2 und 4, dass zuwiderhandelnde Missionare von ihren Posten zu entfernen seien. Dies könne nur dann Anwendung finden, wenn die betreffenden Personen einem Missionsverband angehörten, dessen Vorstand die nötige Disziplinargewalt über seine Mitglieder habe. Die fanatischsten Eiferer befänden sich aber gewöhnlich unter denjenigen Missionaren, die von den großen Missionsgesellschaften unabhängig agierten und auf eigene Kosten das Bekehrungswerk betrieben. Selbst die Konsuln seien machtlos gegenüber jenen den Frieden zwischen Christen und Nichtchristen gefährdenden Glaubensboten.

Da eine separate Erörterung der Missionsfrage zwischen den deutschen und chinesischen Repräsentanten eventuell als Kompensationsobjekt bei der späteren Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Handelsvertrag benutzt werden könnte, unterließ von der Goltz gegenüber Timothy Richard jegliche Kommentierung und Bewertung der Vorschläge; er bekundete lediglich sein Interesse an dessen Engagement.

Speziell zur Evangelisation der deutschen katholischen und protestantischen Missionare führte von der Goltz aus: »Infolge der Einsicht und der Mäßigung, mit der die deutsche katholische Mission in Südschantung und die deutschen protestantischen Missionen in Südchina gegenwärtig geleitet werden, besteht ein befriedigender Zustand zwischen den deutschen Missionaren einerseits und den chinesischen Beamten wie der chinesischen Bevölkerung andererseits. Auch von diesem Gesichtspunkte aus liegt kein Bedürfnis für uns vor, jetzt in eine Besprechung der Frage einzutreten.

Auch bezüglich der protestantischen Missionare anderer Nationalitäten lässt sich sagen, dass ihre Beziehungen zu den einheimischen Behörden und der chinesischen Bevölkerung sich in der letzten Zeit etwas gebessert haben. Der Grund hierfür dürfte einerseits in der zunehmenden Aufklärung der chinesischen Beamten und der Literaten zu suchen sein, die in vermehrtem Grade von den Kenntnissen der fremden Lehrer zu profitieren wünschen, andererseits darin liegen, dass die Missionare sich weniger wie früher in chinesische Gerichtssachen einmischen und öffentlich predigen, dafür aber sich mehr dem Erziehungs- und Schulwesen widmen. Die unter französischem Protektorat stehenden katholischen Missionen scheinen nach den hier vorliegenden Nachrichten für ihre Tätigkeit noch mehr oder weniger an dem alten System festzuhalten und Anspruch auf die Leitung der weltlichen Angelegenheiten ihrer Konvertiten zu erheben.«²⁸

Die chinesische Regierung hatte zunächst keine Schritte unternommen, um die Missionsfrage erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Sie blieb weiterhin ein unerledigtes, virulentes Kontroversthemata.

5 Zusammenfassender Ausblick

Die insbesondere durch die zahlreichen Missionszwischenfälle hervorgerufene feindselige Haltung gegenüber den Missionaren und einheimischen Christen, die vor allem die Provinz- und Kommunalbeamten eingenommen hatten, nahm allmählich vielerorts ab. Es setzte ein Prozess des Umdenkens ein. Das Engagement der christlichen Missionen zum Aufbau eines modernen Bildungs- und Erziehungswesens sowie die vielfältigen sozial-karitativen Aktivitäten hatten dazu nicht unwesentlich beigetragen. Diese Tätigkeiten betrachtete man jetzt nicht mehr nur als Invasion ausländischen subversiven Ideenguts, das die eigene Identität gefährdete und letztlich zersetzte, vielmehr wurden sie als willkommene Hilfe angesehen und akzeptiert.

Nach dem Desaster der Boxerwirren unternahm die Regierung in Peking gewaltige Anstrengungen, das Land auf allen Gebieten zu modernisieren und westlichen Standards anzupassen. Derartige Modernisierungsansätze hatte es schon im 19. Jahrhundert gegeben, so zuletzt bei der so genannten »Reform der Hundert Tage« (11. Juni - 21. September 1898) unter Kang Youwei (1858-1927), die jedoch die dem konfuzianischen Geist verpflichtete Beamenschaft, die rückwärtsorientierte Literatenkaste und die reaktionäre mandchurische Hofpartei mit der einflussreichen Kaiserinwitwe Cixi (1835-1908) an der Spitze zunichte machten. Während der Reformperiode zu Beginn des 20. Jahrhunderts legte die Zentralregierung größtes Gewicht auf eine umfassende Reform des gesamten Schul- und Erziehungswesens (2. September 1905: Abschaffung des traditionellen, kompetitiven Prüfungssystems). Die christlichen Missionare nutzten die Chance, unterschiedliche Bildungseinrichtungen zu gründen, den Ausbau der Missionsschulen zu forcieren und diese zu modernisieren, Unterricht in Fremdsprachen und in den modernen Wissenschaftsbereichen zu erteilen. Vielfach halfen sie in chinesischen Schulen aus oder unterrichteten in so genannten »gemischten Schulen«. Bei diesen Innovationen erzielten namentlich die kapitalkräftigen protestantischen Missionen anglo-amerikanischer Provenienz respektable Erfolge.

Eine signifikante Zäsur für die Geschichte Chinas und die christliche Mission stellten der Sturz der Qing-Dynastie im Zuge der Revolution von 1911/12 und die Konstituierung der Republik (1912) dar, deren Verfassung Religionsfreiheit proklamierte. In den folgenden Jahrzehnten erschwerten politische und gesellschaftliche Gegebenheiten, lokale Aufstände, Räuberplagen, Hungersnöte, Bürgerkriege u. a. die Evangelisation. Bedeutsam für die chinesische Missionskirche war die Errichtung der Apostolischen Delegatur in Peking (9. August 1922) mit Celso Costantini als Delegaten (1922-1933). Vom 14. Mai bis 12. Juni 1924 fand in Shanghai das erste chinesische Nationalkonzil statt. Drei Problemkreise vor allem standen zur Lösung an: Beseitigung der Spannungen zwischen dem ausländischen und chinesischen Klerus, Neuaufteilung der inzwischen auf 64 angewachsenen Missionsgebiete und schrittweise Übertragung der Leitung kirchlicher Jurisdiktionsbezirke an den chinesischen Klerus sowie Ausschaltung des französischen Protektorats. Zur Zeit des Konzils verzeichnete die chinesische Missionskirche 55 Apostolische Vikariate und 5 Apostolische Präfecturen mit 2552 Priestern, davon 1071 chinesische, und 2.208.000 Gläubige.

29 Karl Josef RIVINIUS, Lebbe, Frédéric Vincent, in: Friedrich Wilhelm BAUTZ, *Biografisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 4, Herzberg 1992, Sp. 1291-1296.

30 Johannes BECKMANN, Die Stellung der katholischen Missionare zur chinesischen Kultur, in: *Missions-Jahrbuch der Schweiz* 9 (1942) 41-67, hier 67.

Wichtige Schritte auf dem Weg der Indigenisierung der Kirche Chinas waren die Bemühungen des flämischen Lazaristen Vincent Lebbe (1877-1940)²⁹ um die Inkulturation der christlichen Botschaft in den chinesischen Kontext (Methode von Tientsin), verstärktes Bemühen um die Heranbildung eines einheimischen Klerus, Konsekration von sechs chinesischen Priestern zu Bischöfen am 28. Oktober 1926 in Rom, Errichtung chinesischer Kirchensprengel, Ernennungen weiterer chinesischer Bischöfe, Gründung der einheimischen Kongregation der »Discipuli Domini« von Costantini und der »Petits Frères de S. Jean-Baptiste« von Lebbe, Aufhebung des Riteneids durch die Instruktion vom 8. Dezember 1939. Die rasche Verbreitung des Christentums nötigte zur erneuten Umstrukturierung, so dass schließlich 20 Regionen mit 138 Missionsdistrikten entstanden. Anfang 1942 gab es 88 Apostolische Vikariate und 39 Apostolische Präfekturen. Letztere, vornehmlich solche mit chinesischem Klerus besetzten, wandelte man kontinuierlich in Vikariate um. Durch die Apostolische Konstitution »Sinarum« vom 11. April 1946 wurde die ordentliche Hierarchie errichtet mit 20 Kirchenprovinzen, denen ein Erzbischof vorstand; außerdem schuf man 79 Suffraganbistümer. Papst Pius XII. kreierte am 18. Februar 1946 den Apostolischen Vikar von Tsingtao, Thomas Tien Ken-sin SVD, zum Kardinal; im Mai wurde er auf den Erzbischofssitz von Peking transferiert. Die bisherigen Apostolischen Vikariate erhielten den Rang von Diözesen. Von dieser Neuregelung blieben 38 Apostolische Präfekturen unberührt. Durch die Litterae Apostolicae vom 6. Juli 1946 erfolgte die Errichtung einer Internuntiat in Peking; erster Internuntius war Titularerzbischof Antonio Riberi, der am 28. Juni 1951 verhaftet und am 4. September 1951 ausgewiesen wurde.

Die dramatischen wie chaotischen Verhältnisse, die schwierige politische Lage, die revolutionären Zustände, die stetig voranschreitende Machtausbreitung der Kommunisten, der Chinesisch-Japanische Krieg (1937-1941), der dem Missionswerk unermesslichen Schaden zugefügt hatte, der Ausbruch des Japanisch-Amerikanischen Krieges (1941) unterbanden eine zügige Chinesisierung der Kirche. Viele Priester und Ordensleute hatte man umgebracht, die ausländischen waren größtenteils interniert worden. Dreifünftel von ihnen, die 1940 in China wirkten, kamen aus dem Ausland. Die Hauptlast der Evangelisierung verlagerte sich auf den chinesischen Klerus. Gleichwohl konnten die Missionen ein äußeres und inneres Wachstum verbuchen. Die Zahl der Gläubigen vermehrte sich, im Jahr 1941 erreichte sie 3.128.157. Zahlreiche Schulen und Ausbildungsstätten, Priesterseminare, Hospitäler, Waisenhäuser, karitative Anstalten und Heime, Druckereien und Verlage wurden ins Leben gerufen, wissenschaftliche Arbeiten, besonders sinologische Studien (Wörterbücher, Grammatiken, Übersetzungen und Erläuterungen zu chinesischen Werken) wurden betrieben, die Bildungsmöglichkeiten für den Klerus verbessert und der Ausbau von Zentralseminaren vorangetrieben. Die Jesuiten begannen 1903 mit der späteren Aurora-Universität in Zikawei bei Shanghai, im Herbst 1927 nahm die von amerikanischen Benediktinern gegründete katholische Fu-Jen-Universität in Peking ihren Lehrbetrieb auf; 1931 zählte sie bereits 530 Studenten. Zum WS 1933/34 übernahmen die Steyler die Fu-Jen, der man 1937 das »Collegium Sinicum Ecclesiasticum« angliederte. Anfang 1949 musste die Universität wegen des Einmarschs der Kommunisten in die Stadt ihre Tätigkeit einstellen.

Die optimistische Prognose, die im Jahr 1942 Johannes Beckmann in einem Beitrag gemacht hatte, die Kirche in China sei auf dem Weg, »eine wahre Volkskirche zu werden, d. h. eine innige Verbindung und Verschmelzung des katholischen Glaubens mit dem chinesischen Geistes- und Kulturleben einzugehen«³⁰, hat sich, wie wir wissen, nicht erfüllt.

Der Sieg der Kommunisten von 1949 (die »Befreiung«) konfrontierte die Kirche in China mit einer total neuen Situation. Sie machte eine gänzlich veränderte Einstellung zu Politik

und Gesellschaft erforderlich. Mit dem Dekret vom 23. Juni 1950 verfügte die Regierung der VR China die Unterdrückung »konterrevolutionärer Tätigkeit«. Die ausländischen Missionare mussten das Land verlassen, zahlreiche einheimische Bischöfe, Priester, Ordensleute beiderlei Geschlechts und Laien wurden eingekerkert, zu Zwangsarbeit verurteilt oder hingerichtet. Eine brutale Christenverfolgung setzte ein. In den folgenden Jahren wurde die Kirche völlig der Kontrolle des Staats unterworfen.

Anhang

*Das Gutachten von Timothy Richard
zur Neuregelung des Missionswesens
aus dem Jahr 1906*

Vorschläge, wie den Missionsschwierigkeiten ein für allemal ein Ende gemacht werden kann. Denn die Missionsschwierigkeiten haben ihren Grund einmal bei den Chinesen und dann bei den Ausländern. Geht man diesen Gründen nach und will man diese Schwierigkeiten abstellen, so dienen hierfür die im Folgenden aufgeführten Punkte.

I

Die Lokalbehörden müssen streng verbieten, dass in den Buchhandlungen Schriften verkauft werden, in denen die Missionsgesellschaften verleumdet werden und die geeignet sind, in der Bevölkerung Misstrauen zu erwecken und sie zu Angriffen auf die Christen zu veranlassen. Im Zuwiderhandlungsfalle muss der betreffende Beamte von seinem Posten entfernt werden.

II

Falls Missionare Schriften verbreiten, in denen chinesische Verwaltungseinrichtungen, chinesische Lehren und chinesische Sitten geschmäht und herabgesetzt werden, sodass die Bevölkerung von Ärger und Hass ergriffen und der Frieden zwischen Christen und Nichtchristen gestört wird, so müssen solche Missionare von ihren Posten entfernt werden.

III

Chinesische Beamte dürfen in Prozessen zwischen Christen und Nichtchristen weder für die Christen noch für die Nichtchristen einseitig Partei nehmen. Im Zuwiderhandlungsfalle ist ein solcher Beamter von seinem Posten zu entfernen.

IV

Kein Missionar darf sich in Dinge, die mit seiner Mission nichts zu tun haben, als da sind die lokale Finanzverwaltung, Grundstücksverhältnisse, Steuern und Abgaben und das Hineinreden in Prozesse und Rechtsstreite, hineinmischen, dadurch in die Rechte der Behörden eingreifen und internationale Verwickelungen hervorrufen. Ein Missionar, der dem zuwiderhandelt, ist von seinem Posten zu entfernen.

V

Alle Missionsgesellschaften in den verschiedenen Provinzen werden gleich behandelt. Man kann annehmen, dass in den Provinzen durchschnittlich etwa ein Dutzend solcher Gesellschaften wirken. Jede Missionsgesellschaft hat einen Vorstand. Dieser muss all-

jährlich an den Bannergeneral, Generalgouverneur oder Gouverneur der Provinz einen Bericht einsenden über die von der Missionsgesellschaft ins Leben gerufenen wohlthätigen Einrichtungen, als da sind Gründung von Kapellen, Errichtung von Schulen und Krankenhäusern und Verbreitung nützlicher Schriften. Auf diese Weise wird erreicht, dass das gewöhnliche Volk kein Misstrauen und Übelwollen in sich aufnimmt und Eintracht zwischen Nichtchristen und Christen herrscht.

VI

Unter den Vorständen der Missionsgesellschaften können die Bannergeneräle, Generalgouverneure und Gouverneure der verschiedenen Provinzen zwei oder drei, die ihnen dem Charakter nach die Würdigsten zu sein scheinen, auswählen und zu Besprechungen einladen, um mit ihnen über Einrichtungen, die von Nutzen für die Bevölkerung sind, zu beraten. Wenn so Beamte und Missionare in Fühlung miteinander sind und gemeinsam für das allgemeine Wohl arbeiten, dann werden sich natürlich auch Christen und Nichtchristen verstehen lernen, und ist es erst soweit gekommen, dann hören die Missionsschwierigkeiten von selbst auf.

VII

Die Bannergeneräle, Generalgouverneure und Gouverneure der verschiedenen Provinzen müssen alle drei Jahre einen zusammenfassenden Bericht über die von den Missionsgesellschaften in ihrer Provinz getroffenen Wohlfahrtseinrichtungen an die Zentralregierung richten, der veröffentlicht und zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht wird, damit es nicht wieder vorkommen kann, dass unwissende Leute Gerüchte fabrizieren und Misstrauen verbreiten, aus dem dann solch unglückliche Missionsschwierigkeiten entstehen.

Wenn vorstehende Vorschläge verwirklicht werden können, dann wird nicht nur den aus dem Missionswesen entspringenden unglücklichen Folgen ein Ende gemacht, sondern es wird damit unendlicher Segen gestiftet und die Zukunft wird daraus dieselben günstigen Wirkungen zeitigen, wie wir sie in allen anderen Ländern finden. Außerdem werden bei der Durchführung der Vorschläge sehr viel Missionare der Regierung ihre Hilfe zur Verfügung stellen bei den Gründungen von Schulen und Krankenhäusern; sie werden als Lehrer dienen bei der Gründung gewerblicher Einrichtungen, und wenn beiden verschiedenen Arten wohlthätiger Einrichtungen die Missionare hilfreiche Hand leisten, wird der daraus fließende Nutzen immer grösser sein. Auf diese Weise wird, was ein Unglück war, in ein Glück umgewandelt. Ist das nicht Gottes Wille? Dazu kommt noch Folgendes: Seit Generationen sind Missionare aus Europa nach dem Osten gekommen, und unter verschiedenen Regierungen sind ihnen große Gnadenerweise zuteil geworden, indem ihnen Kirchen gebaut und Grundstücke geschenkt wurden. Damit wurde dem Grundsatz des Wohlwollens für die aus der Ferne Gekommenen sichtbarer Ausdruck gegeben. Noch anders aber werden die Missionsgesellschaften in Indien behandelt. Zwar müssen dort die Missionsgesellschaften für die Kosten der von ihnen gegründeten Kirchen und Schulen selbst aufkommen, aber wenn, sobald die Schüler dieser Anstalten ihre Studien vollendet haben, die Regierung findet, dass ihre Leistungen auf derselben Höhe stehen wie diejenigen der Regierungsschulen, dann gewährt ihnen die Regierung in gleicher Weise wie den letzteren Geldunterstützungen, damit sie immer Vollkommenes leisten können. Die Regierung betrachtet also Nichtchristen und Christen als gleichberechtigt, und sie findet ihren eigenen Nutzen dabei, dass bei einem solchen Verfahren Christen und Nichtchristen sich näher geführt werden. Im Großen und Ganzen ist es in Japan ebenso. Diese Methode erscheint viel besser, als wenn man (den Missionaren) Kirchen baut und Grundstücke schenkt.

Heutzutage nun schreitet die Volksaufklärung in China mächtig vorwärts, auch hat Ihre Majestät die Kaiserin Regentin die Gnade gehabt, aus Höchsthren Mitteln Gelder zur Gründung von Krankenhäusern zu bewilligen und damit ein weises Verständnis bekundet. Auch haben einsichtsvolle Generalgouverneure und Gouverneure, die für die allerhöchsten Intentionen Verständnis haben und in gleicher Weise bestrebt sind, die wohlthätigen Absichten der aus den verschiedenen Ländern aus weiter Ferne gekommenen wohlmeinenden Menschen zu fördern, sich eifrig bemüht, Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben zu rufen. Wenn man imstande ist, solche Einrichtungen auf das Volk wirken zu lassen, dann wird zwischen China und dem Auslande innige Harmonie herrschen, die durch keinerlei Vorurteile auf irgendeiner Seite getrübt ist, und nach 20 Jahren wird chinesische Verwaltung und chinesische Gelehrsamkeit keinen der großen Reiche nachstehen. Moral und gute Sitte werden mit jedem Tage schöner werden, Reichtum und Macht wird sich mit jedem Tage mehren. Es wird dann nicht das einzige Ergebnis das sein, dass Missionschwierigkeiten ein für allemal ein Ende gemacht ist.

Deshalb bitte ich ehrerbietigst, vorstehende Vorschläge an allerhöchster Stelle zur Ausführung zu empfehlen. Das wäre ein Glück für China wie für alle Länder.

Für die Übersetzung gez: [Emil] Krebs

Zusammenfassung

Zunächst beschäftigt sich der Beitrag mit dem Wandel des China-Bilds und den Folgen des Vertrags von Nanking 1842, den China als schockierende Demütigung und empörende Provokation empfinden musste. Danach wird Frankreichs Schutzherrschaft über die katholischen Missionen skizziert; dabei wird der Vertrag von Whampoa 1844 als Beginn einer neuen Epoche chinesischer Missionsgeschichte dargestellt. Nach einer Auseinandersetzung mit der Problematik der zahlreichen Missionszwischenfälle, die eine feindselige Haltung gegenüber den Missionaren und einheimischen Christen hervorriefen (vor allem seitens der Provinz- und Kommunalbeamten), wird abschließend das Gutachten von Timothy Richard zur Neuregelung des Missionswesens aus dem Jahr 1906 näher vorgestellt. Der Beitrag enthält im Anhang eine deutsche Übersetzung dieses Gutachtens.

Summary

The contribution first considers the change in the image of China and the consequences of the Treaty of Nanking of 1842 which China must have experienced as a shocking humiliation and an outrageous provocation. After that France's protectorate over the Catholic missions is sketched and the Treaty of Whampoa of 1844 is also depicted as the commencement of a new epoch in the history of Chinese missions. After an examination of the problems of the numerous so-called »missionary cases« which produced a hostile stance toward the missionaries and local Christians (particularly on the part of provincial and communal authorities), the report by Timothy Richard from 1905 on the revision of the mission system is presented in more detail. The article has a German translation of this report in the appendix.

Sumario

El artículo trata primero del cambio en la visión de China y de las consecuencias del contrato de Nanking 1842, que China tenía que ver como una humillación espantosa y una provocación inaceptable. A continuación presenta la protección de Francia sobre las misiones católicas así como el contrato de Whampoa 1844 como comienzo de una nueva época en la historia de la misión en China. Después de un análisis de los numerosos problemas de la misión, que despertaron una cierta aversión frente a los misioneros y los cristianos nativos (sobre todo en los funcionarios de las provincias y los municipios), el artículo presenta finalmente el informe de Timothy Richard 1906 para una nueva organización de la actividad misionera. Al final del artículo está la traducción alemana de dicho informe.